



2/SN-293/ME

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

GZ 10.005/763-1.1/90
49. Novelle zum ASVG;
Stellungnahme

Sachbearbeiter:
MinR Dr. Schlifelner
Kl.: 2537

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

BUNDESMINISTERIUM	
Z. 23	GE/9 12
Datum: 26. MRZ. 1990	
Verteilt: 30.3.90 Gno	

H. Jank

Das Bundesministerium für Landesverteidigung übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales versendeten Entwurf einer 49. Novelle zum ASVG.

22. März 1990
Für den Bundesminister:
i.V. S c h l i f f e l n e r

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

GZ 10.005/763-1.1/90
49. Novelle zum ASVG;

Sachbearbeiter:
MinR Dr. Schlifelner
Kl.: 2537

Stellungnahme

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 Wien

Unter Bezugnahme auf die do. Note vom 16. Februar 1990,
GZ 20.049/3-1/1990, nimmt das Bundesministerium für
Landesverteidigung zum Entwurf einer 49. Novelle zum ASVG
wie folgt Stellung:

Zu § 33 Abs. 3 (Art. I Z 11 lit. b):

Nach dieser Bestimmung sollen künftig die Dienstgeber
jeden von ihnen Beschäftigten mit dem Tag des Beginnes der
Beschäftigung beim Träger der Krankenversicherung vorläu-
fig anmelden.

Wie den Erläuterungen zu entnehmen ist, soll dadurch die
gesetzwidrige Vermeidung der Pflichtversicherung, insbe-
sondere im Zusammenhang mit der illegalen Ausländerbe-
schäftigung hintangehalten werden.

Die Abgabe der vorläufigen Meldung bereits mit dem Tag des
Beginnes der Beschäftigung ist im ho. Ressort aus
verwaltungstechnischen Gründen nicht möglich. Selbst die
Einhaltung der bisher geltenden Frist von drei Tagen für

- 2 -

die Anmeldung der Pflichtversicherten beim zuständigen Träger der Krankenversicherung gemäß § 33 Abs. 1 ASVG war dem ho. Ressort nicht möglich, weshalb die einzelnen Sozialversicherungsträger dem Bundesministerium für Landesverteidigung im Rahmen von Sondervereinbarungen nach § 33 Abs. 1 dritter Satz ASVG eine Meldefrist von 30 Tagen einräumten. Eine Erweiterung des Geltungsbereiches derartiger Sondergenehmigungen auf die vorgesehene vorläufige Meldepflicht nach dem neuen § 33 Abs. 3 erscheint nach dem Wortlaut dieser Bestimmung nicht möglich.

Da Formen der illegalen Ausländerbeschäftigung und sonstige Fälle der gesetzwidrigen Vermeidung der Pflichtversicherung auf Grund des Dienst- und Besoldungsrechtes im Bundesdienst ausgeschlossen werden können, wird unter Hinweis auf die erwähnten verwaltungstechnischen Schwierigkeiten ersucht, den öffentlichen Dienst von der in Aussicht genommenen vorläufigen Meldepflicht nach § 33 Abs. 3 auszunehmen.

Dem Präsidium des Nationalrates wurden 25 Kopien dieser Stellungnahme übermittelt.

22. März 1990
Für den Bundesminister:
i.V. S c h l i f e l n e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: